

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 13.08.2013 um 18:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus
Christof Bleichert
Ursula Brand
Dietmar Busch
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Karl-Heinz Fischer
Detlef Graß
Margot Grüterich
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Dietrich Lunderstädt
Arnold Müller
Werner Nowara
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Uwe Rohde-Müller
Rolf Schäfer
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Axel Schröder
Rolf Schulte
Klaus Steinmüller
Michael Tissarek
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Christian Viebach
Gudrun Weber
Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz
Frank Nipken
Regine Schmidt

Schriftführerin

Vanessa Jager

es fehlt:

Ratsmitglieder

Petra Ebbinghaus
Klaus Haselhoff
Claus Kanter
Thomas Lorenz
Dr. Axel Michalides
Heide Nahrgang
Dr. Jörg Rieger
Rainer Röhlig
Dietmar Stark
Dr. Jörg Weber

Einziges Tagesordnungspunkt (Öffentlich)

Maßnahmen zur Befriedigung der nachbarschaftlichen Situation BV/0503/2013
in Dahlerau (Antrag der pro NRW-Fraktion vom 31.07.2013)

Der Bürgermeister eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Udo Schäfer darauf hin, dass der vorliegende Antrag der pro NRW-Fraktion auch eine zusätzliche Bürgeranhörung vorsieht. Hierzu stellt er nun einen Antrag zur Geschäftsordnung gem. § 13 Abs.1 Buchstabe e) auf Unterbrechung der Sitzung damit eine Anhörung der anwesenden Anwohner erfolgen kann.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 pro NRW)
33 Nein-Stimmen (14 CDU, 7 SPD, 4 FDP, 5 UWG, AL, fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass Gespräche mit den Anwohnern geführt worden sind und diese auch bei der heutigen Debatte entsprechend berücksichtigt werden. Jedoch stellt er klar, dass in der heutigen Sitzung zunächst der Rat hierüber zu beraten hat.

Es liegen keine weiteren Anträge zur Tagesordnung vor.

**Maßnahmen zur Befriedigung der nachbarschaftlichen Situation BV/0503/2013
in Dahlerau (Antrag der pro NRW-Fraktion vom 31.07.2013)**

Herr Udo Schäfer erläutert den Antrag der pro NRW-Fraktion. Er teilt mit, dass zu Anfang geplant war, diese Angelegenheit im Sinne der Anwohner direkt mit der Verwaltung zu klären. Von dort wurde die Aussage getätigt, dass eine Problemlage, die ein etwaiges Handeln erforderlich macht, nicht bekannt ist. Somit ist es nicht verwunderlich, dass in der Presse von einer Blockadehaltung der Verwaltung gesprochen wird. Zudem haben Anwohner berichtet, dass an das Ordnungsamt gerichtete Anfragen und Beschwerden nicht ernst genommen und abgewimmelt wurden. Er betont, dass die pro NRW-Fraktion so ein Verhalten nicht hinnehmen kann und appelliert an die einzelnen Fraktionsvorsitzenden und Herrn Ullmann zu der Sache explizit Stellung zu beziehen. Abschließend macht Herr Udo Schäfer noch einmal deutlich, dass die Anwohner sich stark von der derzeitigen Situation belästigt fühlen und fordert den Rat auf, über das beantragte Maßnahmenkonzept im Sinne der Bürger abzustimmen.

Der Bürgermeister betont zunächst, dass Verständnis für die Betroffenheit und Unsicherheit der dortigen Anwohner vorhanden ist. Er stellt klar, dass es sich hier um keinerlei Zuweisungen von Asylbewerbern durch die Stadt handelt, sondern Wohnverhältnisse zwischen Eigentümer und Bewohnern bestehen ohne Beteiligung der Stadt. Heute soll dargestellt werden, an welchen Stellen von der Verwaltung Maßnahmen ergriffen werden können und an welchen Stellen aber auch nicht. Bezugnehmend auf Herrn Udo Schäfers Ausführungen erklärt der Bürgermeister, dass von der Verwaltung zu keiner Zeit behauptet wurde, dass die Problemlage dort nicht bekannt ist. Vielmehr wurde die Kenntnis hierüber in einem Schreiben bestätigt. Der Bürgermeister nimmt nun anhand einer als Anlage beigefügten Power-Point-Präsentation ausführlich zu der gesamten Thematik Stellung. Er führt aus, was die Überprüfung der zahlreichen Beschwerden ergeben hat und stellt diverse Maßnahmen vor, die teilweise schon umgesetzt worden sind bzw. geplant sind. Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass laut Aussage des Vermieters die Wohnverhältnisse zum 30.09.2013 aufgelöst werden sollen; ob dies auch wirklich eintritt muss abgewartet werden. Sollte sich die Aussage bewahrheiten sind die geplanten Maßnahmen ggfs. nicht mehr notwendig.

Zunächst bedankt sich Herr Viebach bei dem Bürgermeister für den ausführlichen Vortrag und erklärt im Namen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der UWG-Fraktion sowie der AL-Fraktion, dass die von der Stadtverwaltung getroffenen und zum Teil bereits durchgeführten Maßnahmen begrüßt werden. Es wird erwartet, dass die Verwaltung sich weiterhin, wie auch schon in der Vergangenheit, für eine erfolgreiche Integration von zugezogenen Menschen einsetzt. Herr Viebach macht deutlich, dass hier der Vermieter in der sozialen Verantwortung ist, eine Art von Ghettoisierung zu unterbinden; die Stadt selbst kann dagegen nichts ausrichten. Aus diesem Grund werden die heutige Sondersitzung des Rates und der Antrag von pro NRW als reiner Populismus gewertet. Abschließend erklärt Herr Viebach, dass der vorliegende Antrag abgelehnt wird.

Herr Schröder bedankt sich ebenso beim Bürgermeister und erklärt, dass auch die FDP-Fraktion die Maßnahmen für gut befindet. Er teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Antrag der pro NRW-Fraktion ebenfalls nicht zustimmen wird. Nach dem Gesetz ist den EU-Bürgern gestattet hier zu leben; der Rat hat nicht das Recht dies zu verbieten bzw. einzuschränken. Er betont, dass weiterhin die Bemühung um Integration erforderlich ist und diese auch von der Anpassung und Toleranz aller Beteiligten abhängig ist.

Herr Udo Schäfer begrüßt die Maßnahmen gleichermaßen, bezweifelt aber, dass ohne Vorliegen des Antrags von pro NRW diese Maßnahmen ergriffen worden wären.

Herr Ullmann begrüßt ebenfalls die bisherigen und geplanten Maßnahmen um eine entsprechende Verbesserung der Situation zu erreichen. Er sieht aber noch ein weiteres großes Problem, nämlich den Einfluss von pro NRW auf die gesamte Stadt. Den Antrag der pro NRW-Fraktion befindet er als Volksverhetzung und eindeutigen Rassismus gegen die Migranten.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der pro NRW-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung aufzufordern, sofortige Maßnahmen zur Befriedung der durch „südosteuropäische Migranten“ entstandenen katastrophalen Situation in Dahlerau durchzuführen. Hier ist mit allen ordnungsbehördlichen Kräften wie der Polizeibehörde, dem Ordnungsamt und dem Jugendamt ein Maßnahmenkonzept zu erstellen, welches eine umgehende Verbesserung der nachbarschaftlichen Situation zur Folge hat. Zudem findet eine ausgiebige Bürgeranhörung statt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 pro NRW)
33 Nein-Stimmen (14 CDU, 7 SPD, 4 FDP, 5 UWG, AL, fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Bürgermeister bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jager
Schriftführer

Anlage: Power-Point-Präsentation